



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 29, No. 8-10/2014

**abgeschlossen am
22. Oktober 2014**

	<u>Seite</u>
1. Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 verabschiedet	1
2. Der Kongress und die Luftschläge gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien	3
3. Präsident Obama verschiebt neue Einwanderungsrichtlinien auf das Jahresende	6
4. Präsident Obama ernennt Ebola-„Zar“	7
5. Erneute kurzfristige Fortschreibung des Bundes-Fernstraßen-Gesetzes	9
6. Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat rügt verfassungswidriges Verhalten der CIA	10
7. Tauziehen um Zukunft der Export-Import Bank hält an	12
8. Justizminister Holder kündigt Rücktritt an	14
9. Kongresswahlen 2014: Hartes Ringen um Senatsmehrheit	15

1. Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 verabschiedet

Republikaner und Demokraten im Kongress haben sich Mitte September 2014 auf einen Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 geeinigt. Das Repräsentantenhaus stimmte am 17. September mit 319:108 Stimmen für die so genannte *Fiscal Year 2015 Continuing Resolution*. Für den Überbrückungshaushalt sprachen sich 176 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion und 143 Demokraten aus (*House Joint Resolution 214*). Dagegen stimmten im Repräsentantenhaus 53 Republikaner und 55 Mitglieder der Opposition.

Der Senat stimmte der Vorlage einen Tag später, am 18. September, mit 78:22 Stimmen zu. Hier stimmten 44 Mitglieder der demokratischen Mehrheitsfraktion mit 33 Republikanern und einem Unabhängigen für die Annahme des Überbrückungshaushalts, während sich 9 Demokraten, 12 Republikaner und ein Unabhängiger gegen die Annahme der „Continuing Resolution“ aussprachen.

Präsident Barack Obama hat der Entscheidung mit seiner Unterschrift am 19. September 2014 Gesetzeskraft verliehen (*Public Law 113-164*).

Nach der Entscheidung vertagte sich der Kongress am 18. September dann bis nach den *Midterm Elections* am 4. November 2014 (siehe Punkt 9). Dies ist die früheste Unterbrechung der Sitzungstätigkeit des Kongresses in einem Wahljahr seit 1960.

Der Überbrückungshaushalt war notwendig geworden, weil absehbar war, dass es dem Kongress bis zum 1. Oktober 2014, dem jährlichen rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2015, nicht gelingen würde die erforderlichen 12 Bewilligungsgesetze im Bereich des *Discretionary Spending* zu verabschieden.

Unter das so genannte „Discretionary Spending“ fallen im amerikanischen Bundeshaushalt, der vom Kongress jährlich bewilligt werden muss, jene Ausgaben, über welche die Legislative frei entscheiden kann. Ihnen stehen die so genannten *Entitlements* gegenüber, als Vorfestlegungen in Bereichen wie *Medicare, Medicaid* und *Social Security*, beziehungsweise Schuldentilgung, die etwa Zweidrittel des amerikanischen Bundeshaushaltes ausmachen.

Der Überbrückungshaushalt (H.J. 214) schreibt die Bundesausgaben in den Bereichen

- *Agriculture, Commerce/Justice/Science, Defense, Energy/Water, Financial Services, Homeland Security, Interior/Environment, Labor, Health and Human Services/Education, Legislative Branch, Military Construction/Veterans Affairs, State/Foreign Operations* sowie *Transportation/Housing and Urban Development*

bis zum 11. Dezember 2014 auf der Höhe des abgelaufenen Haushaltsjahres 2014 fort.

Nach Angaben des *Congressional Budget Office* (CBO) hat die „Discretionary Budget Authority“ im Haushaltsjahr 2015, an der sich der beschlossene Überbrückungshaushalt orientiert, ein Volumen von insgesamt 1,012 Billionen USD. Für den Bereich des „discretionary non-defense spending“ sind nach Angaben von CBO 517,7 Mrd. USD und für „defense spending“ 494,5 Mrd. USD vorgesehen.

Mit der *Fiscal Year 2015 Continuing Resolution*, so wie sie vom Kongress verabschiedet wurde, ist laut CBO eine Ausgabenreduzierung gegenüber dem Vorjahr um 0,05554 Prozent verbunden, was eine Einsparung von 571 Mio. USD gegenüber 2014 bedeutet.

Im Rahmen des Überbrückungshaushalts sind 88 Mio. USD zur Bekämpfung der Bedrohung durch das Ebola-Virus bewilligt worden (vgl. Punkt 4). Ein weiterer Zusatz ermächtigt das Verteidigungsministerium zur militärischen Unterstützung von Rebellen in Syrien, die die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) bekämpfen, beziehungsweise das syrische Volk gegen IS-Angriffe verteidigen (vgl. Punkt 2).

Nachdem der Kongress sich im Vorfeld der Novemberwahlen entschlossen hat den Bundeshaushalt quasi automatisch bis zum 11. Dezember fortzuschreiben, um einen „Government Shutdown“ zu vermeiden, wird der weitere Fortgang der erforderlichen Haushaltsentscheidungen im Dezember wesentlich vom Ausgang dieser Wahlen abhängen (vgl. Punkt 9).

Gelingt es den Republikanern ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verteidigen und die Mehrheit im Senat zurückzugewinnen, könnte es Anfang Dezember zu einem weiteren Überbrückungshaushalt kommen, bevor die Republikaner dann im Februar/März 2015 dem Haushalt endgültig ihren politischen Stempel aufdrücken und ihre Prioritäten in der Ausgabenpolitik des Haushaltsjahres 2015 festlegen.

Auch wäre eine so genannte *Omnibus Spending Bill* denkbar, also eine Sammelbewilligung für das Haushaltsjahr 2015, die sich an den Ausgabenfestlegungen des Vorjahres 2014 im Bereich des „Defense and Non-Defense Discretionary Spending“ orientiert, was vor allem von der derzeitigen demokratischen Mehrheit im Senat favorisiert wird, die ihrem Präsidenten Barack Obama auf diese Weise möglichst große haushaltspolitische Handlungsspielräume erhalten möchte.

Ein entsprechender Vorschlag von Barbara Mikulski (D-Maryland), der Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses des Senats, fand jedoch im Sommer nicht die erforderliche Unterstützung und dürfte insbesondere dann schwer umsetzbar sein, wenn es den Demokraten nicht gelingen sollte, ihre Mehrheit in den Novemberwahlen im Senat zu verteidigen.

Im 113. Kongress verfügen die Demokraten über 53 Sitze im Senat und werden von zwei unabhängigen Senatoren (Bernie Sanders, Vermont, und Angus King, Maine) unterstützt. Ihnen stehen 45 Republikaner gegenüber.

2. Der Kongress und die Luftschläge gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien

Im Kongress ist die Entscheidung Präsident Barack Obamas die Luftschläge gegen die Verbände der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf Syrien auszudehnen, auf gemischte Reaktionen gestoßen.

Die Obama-Administration hatte sich am 22./23. September 2014 in einer Koalition zunächst mit fünf arabischen Staaten (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Jordanien und Katar) zu Luftangriffen gegen Stellungen der IS in Syrien entschlossen, um deren weiteren Vormarsch zu stoppen.

IS-Verbände, die eine ungeheure Brutalität und Entschlossenheit bei ihrem Vorrücken an den Tag gelegt haben und ein „Kalifat“ auf dem Staatsgebiet des Iraks und Syriens etablieren wollen, haben ihren Einflussbereich seit 2013 in sehr schneller Folge zunächst in Syrien (Raqqa) und dann im Irak (Falludscha, Ramadi und Mossul) vergrößert und sind zwischenzeitlich bis südlich von Bagdad vorgerückt.

Präsident Obama verwies am 23. September 2014 in einer Rede auf die „terroristische Bedrohung“, die von den IS-Verbänden ausgeht. IS müsse auch in Syrien entschlossen bekämpft werden, um den Aufmarsch der Terrormiliz in der Region zu stoppen.

Bereits am 10. September hatte Obama deutlich gemacht, dass die USA die Luftschläge gegen IS-Verbände in Kooperation mit ihren Partnern und Verbündeten in der Region ausdehnen würden. Gleichzeitig kündigte der Präsident an, dass 475 amerikanische Militärberater zur Unterstützung kurdischer und irakischer Einheiten entsandt würden. „These American forces will not have a combat mission. But they are needed to support Iraqi and Kurdish forces with training, intelligence, and equipment“, führte Obama aus und forderte den Kongress auf, „to give our military the additional authorities and resources it needs to train and equip the Syrian opposition fighters“.

Im Kongress erhielt Obama die Unterstützung von einflussreichen Mitgliedern der republikanischen Opposition für seinen Strategiewechsel, wie von den Senatoren John McCain (R-Arizona) und Lindsey Graham (R-South Carolina) sowie dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, Howard P. „Buck“ McKeon (R-California).

McKeon brachte Mitte September einen Zusatz zum Überbrückungshaushalt (Fiscal Year 2015 Continuing Resolution, siehe Punkt 1) ein, der vom Repräsentantenhaus am 17. September mit 273:156 Stimmen verabschiedet wurde. Für das so genannte „Syria Train and Equip Amendment“ stimmten neben 159 Republikanern auch 114 Demokraten. Dagegen sprachen sich 71 Republikaner und 85 Demokraten aus. Der Senat verabschiedete die „Fiscal Year 2015 Continuing Resolution“ dann einen Tag später mit 78:22 Stimmen, bevor er sich bis nach den Novemberwahlen vertagte.

Der vom Kongress verabschiedete Zusatz zur „Continuing Resolution“ ermächtigt das Verteidigungsministerium in Abstimmung mit dem Außenministerium

- „to train and equip appropriately vetted Syrian rebels to defend the Syrian people from attacks by the Islamic State terrorist group and to secure territory controlled by the Syrian opposition. It bars the administration from using the amendment to sending the armed forces into hostile situations and requires the president to report to Congress under the War Powers Resolution on the use of U.S. armed forces abroad.“
(Hervorhebung durch die Redaktion)

Die Ermächtigung im Rahmen der „Fiscal Year 2015 Continuing Resolution“ läuft bis zum 11. Dezember 2014 (siehe Punkt 1) und untersagt die Entsendung von amerikanischen Bodentruppen nach Syrien.

Mit seiner Entscheidung unterstreicht der Kongress sein Mitspracherecht im Rahmen der „War Powers Resolution“. Mit dem Kriegsvollmachtengesetz hatte die Legislative 1973 mit Verweis auf Artikel 1, Abschnitt 8 der amerikanischen Verfassung ihre Kompetenz bei der Entsendung von amerikanischen Streitkräften in Kampfhandlungen ausdrücklich unterstrichen.

Der amerikanische Präsident als „Commander in Chief“ muss die Legislative im Falle des Einsatzes amerikanischer Streitkräfte innerhalb von 48 Stunden über die Umstände, die zum Einsatz der Streitkräfte in Kampfhandlungen geführt haben, informieren und erklären, auf welcher verfassungsmäßigen Grundlage der Einsatz erfolgt ist. Auch muss der Einsatz der Streitkräfte innerhalb von 60, beziehungsweise 90 Kalendertagen beendet werden, falls keine ausdrückliche Ermächtigung durch das Parlament erfolgt ist.

Kritiker des McKeon-Zusatzes zur „Continuing Resolution“ hatten auf eine zeitliche Begrenzung der Ermächtigung von Luftschlägen gegen IS-Stellungen in Syrien gedrängt, um dem Kongress nach den *Midterm Elections* am 4. November 2014 die Gelegenheit zu einer weiteren Befassung mit der Angelegenheit zu geben. Sie befürchteten eine neuerliche direkte militärische Verwicklung der USA im Mittleren Osten, nachdem die amerikanischen Truppen Ende 2011 nach fast achtjähriger Besatzungszeit aus dem Irak abgezogen wurden.

Michael McCaul (R-Texas), der Vorsitzende des *Homeland Security Committee* im Repräsentantenhaus, erklärte in diesem Zusammenhang im Vorfeld der Luftschläge gegen IS-Stellungen in Syrien: „Every time I get briefed on this, it gets worse and worse because the majority now of these rebel forces – and I say majority now – are radical Islamists pouring in from all over the world to come to Syria for the fight, and my concern is any strike against this regime, as bad as it is, will empower these radical Islamists, these extremists“. Auch Senator Tom Udall, Demokrat aus New Mexico, äußerte sich in diese Richtung. „How can we guarantee that one surgical strike will

have any impact other than to tighten the grip Assad has on his power or allow rebels allied with a Qaeda to gain a stronger foothold in Syria“, fragte der Senator.

Befürworter von Luftschlägen gegen IS-Stellungen in Syrien wie „Buck“ McKeon wiesen wiederum darauf hin, dass sich pro Monat etwa 500 zusätzliche Kämpfer dem IS anschließen und alleine die Einnahmen der Terrormiliz aus Ölverkäufen bei mindestens 85 Mio. USD monatlich liegen. Ein „Iraq-first“ oder „Iraq-only“-Ansatz sei hier keine Lösung, sondern trage nur dazu bei, das Problem zu verschärfen.

Die Obama-Administration begründete den Luftkrieg gegen Stellungen des IS in Syrien auch mit Verweis auf die *Authorization for Use of Military Force*, AUMF, (*Public Law* 107-40). Die AUMF war vom Kongress am 14. September 2001, also 72 Stunden nach den Terrorangriffen des 11. September 2001, verabschiedet worden (vgl. Congress Report, 16, 2001, Heft 9, S. 1). Der damalige Präsident George W. Bush hatte ihr am 18. September mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen. Im Senat erfolgte die Annahme der *Authorization for Use of Military Force* einstimmig. Im Repräsentantenhaus gab es lediglich eine Gegenstimme, die der Demokratin Barbara Lee (California).

Die AUMF räumt dem amerikanischen Präsidenten Blankovollmachten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ein. Wörtlich heißt es in Abschnitt 2 (a) des Gesetzes: „the President is authorized to use *all necessary and appropriate force* against those nations, organizations, or persons he determines planned, authorized, committed, or aided the terrorist attacks that occurred on September 11, 2001, or harbored such organizations or persons, in order to prevent any future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations or persons“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Ein Versuch, die AUMF aufzuheben, ist im Mai 2014 im Repräsentantenhaus gescheitert, wobei sich immerhin 191 Abgeordnete für einen solchen Schritt aussprachen (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 4-7, S. 18).

In der Diskussion um die Luftschläge gegen Stellungen des IS in Syrien kann Präsident Obama derzeit darauf zählen, dass eine Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit seine Vorgehensweise unterstützt und die Bedrohung durch die Terrormiliz IS für eine vitale Bedrohung der nationalen Interessen der USA hält.

Allerdings gibt es auch einflussreiche Gegenstimmen wie jene 41 Vertreter von religiösen Organisationen wie der *Jesuit Conference of America*, der *United Church of Christ*, der *United Methodist Church*, der *Presbyterian Church*, dem *Mennonite Central Committee* oder dem *American Friends Service Committee*, die sich Anfang September in einem offenen Brief an den Kongress gegen einen Militäreinsatz der USA in Syrien ausgesprochen haben.

Die *New York Times* (NYT) hat sich Ende September in einem Leitartikel warnend zum Luftkrieg in Syrien zu Wort gemeldet. Präsident Obama warf sie vor, die Entscheidungen ohne „öffentliche Debatte“ getroffen zu haben. Der Präsident dürfe sich nicht auf die AUMF berufen, sondern müsste eine explizite Ermächtigung durch den Kongress anstreben, da die Nation sich anschicke einen „weiteren kostenreichen und perspektivisch langen Konflikt im Mittleren Osten“ zu beginnen. Auch die Legislative wurde von der NYT heftig kritisiert, da sie ihren „verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten“ nicht nachkomme. Die Legislative, so das Blatt, „has left Washington and gone into campaign fund-raising mode, shamelessly ducking a vote on this critical issue“.

3. Präsident Obama verschiebt neue Einwanderungsrichtlinien auf das Jahresende

Angesichts der anhaltenden Blockade der Reform des Einwanderungsrechts im Kongress (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 1-3, S. 17) hat Präsident Barack Obama im Sommer 2014 angekündigt, durch die Überarbeitung der Verwaltungsrichtlinien für die Einwanderungsbehörden Erleichterungen durchzusetzen.

Die ursprünglich für das Ende des Sommers geplante Neufassung der Richtlinien wurde aber mit Rücksicht auf den laufenden Kongress-Wahlkampf (siehe Punkt 9) auf das Ende des Jahres verschoben.

Bereits in seiner Ansprache zur Lage der Nation (*State of the Union Address*) Anfang des Jahres hatte der Präsident in Aussicht gestellt, in einer Reihe von Bereichen durch *Executive Action*, das heißt durch die Ausnutzung von Handlungsspielräumen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, notfalls im Alleingang Änderungen in der bisherigen Politik vorzunehmen.

Diese Ankündigung stieß auf heftige Kritik der Republikaner im Kongress, die Präsident Obama vorhielten, er wolle den von der Verfassung vorgegebenen Prozess der Gesetzgebung unterlaufen. Besondere Brisanz hat dieser Vorwurf in der Einwanderungspolitik. Vor allem konservative Republikaner befürchten, dass der Präsident auf dem Verwaltungsweg eine „Amnestie“ für Millionen von Ausländern gewähren will, die ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in den USA leben.

Die tatsächlichen Handlungsspielräume des Präsidenten sind in Einwanderungsfragen zwar weitreichend, aber auch klar durch Gesetzesvorgaben begrenzt. Die genauen Pläne und Vorstellungen der Administration sind bisher noch nicht bekannt geworden, doch die bisherige Praxis legt bestimmte Ansatzpunkte nahe.

Zunächst kann der Präsident über die Verwaltungsrichtlinien Prioritäten für die Ausführung von Gesetzesbestimmungen festlegen. Mit Blick auf Einwanderergruppen

heißt dies vor allem, dass der Vollzug beispielsweise der Abschiebung einzelner Gruppen verzögert oder ausgesetzt werden kann.

Beispielsweise können unter dem DACA-Programm (*Deferred Action for Childhood Arrivals*) junge Migranten, die von ihren Eltern in die USA gebracht worden sind, eine begrenzte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beantragen, die eine Abschiebung verhindert. Präsident Obama hatte DACA 2012 initiiert, nachdem der Versuch einer gesetzlichen Regelung zugunsten von Jugendlichen („Dream Act“) im Kongress gescheitert war.

Ausnahmeregelungen könnten auch für Ehepartner, Elternteile und Angehörige der US-Streitkräfte eingeführt werden.

Zudem kann der Präsident über die Verwaltungsvorschriften die Anforderungen lockern, denen Antragsteller genügen müssen, um sich für eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis zu qualifizieren.

Potenziell große und rechtlich gut abgesicherte Handlungsspielräume hat die Exekutive unter dem Recht Straferlasse und Straferleichterungen zu gewähren („power to grant reprieves and pardons“). Im Einwanderungsrecht spiegelt sich dies in Ausnahme- und Sondergenehmigungen („parole“), die zumindest ein Aufenthaltsrecht gewährleisten.

Schätzungen der Zahl der betroffenen Migranten sind mit großer Unsicherheit behaftet, doch Befürworter der genannten Maßnahmen gehen davon aus, dass 3 Millionen oder mehr Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung in den Genuss von Erleichterungen kommen könnten.

Je höher aber die Zahl der Begünstigten, umso härter wird die politische Reaktion von Seiten der Republikaner ausfallen. Der rechte Flügel der Partei fordert bereits jetzt Maßnahmen gegen die vermeintliche „Lawlessness“ des Präsidenten (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 4-7, S. 3). Eine umfassende „Amnestie“ für Immigranten würde solche Forderungen bis hin zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Obama (*Impeachment*) erneut befeuern.

Nach den Kongresswahlen Anfang November, so das offensichtliche Kalkül der Administration, lassen sich die zu erwartenden harten Auseinandersetzungen einfacher auffangen.

4. Präsident Obama ernennt Ebola-„Zar“

Führende Republikaner haben Mitte Oktober an der Ebola-Politik der Obama Administration scharfe Kritik geübt. *Speaker* John Boehner (R-Ohio) und Senator Ted Cruz

(R-Texas), neben anderen Kongressmitgliedern, drängen den Präsidenten, für die von Ebola-Ausbrüchen betroffenen Länder in Westafrika Reisebeschränkungen zu verhängen. Eine Reihe von Demokraten haben sich im Zuge des laufenden Wahlkampfes (siehe Punkt 9) diesen Forderungen angeschlossen.

Die Welle der Kritik setzte ein, nachdem sich zwei Krankenschwestern im Zuge der Behandlung eines mittlerweile verstorbenen Patienten aus Liberia mit dem hoch gefährlichen Virus infiziert haben. Die Untersuchung des Falles zeigte, dass das *Texas Presbyterian Hospital* in Dallas zwar den Richtlinien des *Center for Disease Control* (CDC) folgte, aber das Personal dennoch mit unzureichender Ausrüstung arbeitete. Dem Vernehmen nach blieb der Halsbereich des mit der intensiven Betreuung des Patienten betrauten Personals ungeschützt.

Darüber hinaus haben beide betroffenen Krankenschwestern nach der Infektion Flug- und Kreuzfahrt-Reisen angetreten. Eine der Schwestern, die vom Krankenhaus damit betraut war, sich selbst zu überwachen („self monitoring“), hatte zuvor das CDC wegen eines leichten Fiebers kontaktiert. Das CDC informierte die Schwester jedoch, dass ihre Werte nach den Richtlinien unterhalb des kritischen Bereichs lägen und erhob keine Einwände gegen den Antritt einer Flugreise.

Die offensichtlichen Lücken in den Richtlinien des CDC wie der Umgang des lokalen Krankenhauses in Texas mit der tödlichen Krankheit führten zu einer spürbaren Beunruhigung der Öffentlichkeit, die durch die nachfolgende Medienberichterstattung weiter verstärkt wurde.

Vor allem die Republikaner versuchten vor diesem Hintergrund die Fehler im Umgang mit dem Ebola-Fall dem Präsidenten direkt anzulasten und hielten ihm Versagen im Angesicht einer möglichen Pandemie vor.

Präsident Obama zeigte sich, wie aus inoffiziellen Quellen bekannt wurde, sehr besorgt und höchst verärgert über die Pannen. Obama hatte versucht mit der Entsendung von 3000 US-Soldaten in das Ebola-Krisengebiet in Westafrika politische Entschlossenheit zu zeigen und einen substanziellen Beitrag zur Bekämpfung der Seuche vor Ort zu leisten.

Die Militärmission mit Hauptsitz in Monrovia, Liberia, soll unter anderem 500 Helfer pro Woche ausbilden und 17 Behandlungszentren mit jeweils 100 Betten aufbauen. Präsident Obama ordnete sogar die Mobilisierung von Reservisten der Nationalgarde an, um das notwendige Personal bereitstellen zu können. Die US-Streitkräfte sind weltweit die einzige Armee, die personell, logistisch und von der Ausrüstung her zu einem solchen kurzfristigen Einsatz in der Lage ist.

Der Großeinsatz der US-Streitkräfte verblasste jedoch gegenüber der scheinbar direkten Bedrohung der US-Bevölkerung. Selbst Journalisten und Kommentatoren der gro-

ßen Fernsehanstalten zögerten nicht, auf den Kinofilm „Outbreak“ (1995) Bezug zu nehmen, um die Situation zu dramatisieren.

Um der politischen Kritik und der aufkeimenden Panik entgegen zu treten, hat Präsident Obama am 19. Oktober 2014 offiziell die Ernennung von Ron Klain zum *Ebola Czar* bekannt gegeben, der für die Administration die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen der Bundesbehörden in der Bekämpfung der Krankheit koordinieren soll.

Ron Klain, *Chief of Staff* der Vizepräsidenten Al Gore und Joe Biden, gilt als erfahrener und fähiger Koordinator, der die Zusammenarbeit der verschiedenen involvierten Instanzen gewährleisten soll.

Die republikanische Opposition kritisiert die Ernennung Klains, weil dies vornehmlich eine politische Antwort auf eine medizinische Problematik sei. Doch führende Experten aus dem Bereich von Medizin und Epidemiologie wie Anthony Fauci und Thomas Frieden der *Centers for Disease Control and Prevention* des CDC unterstützen die Linie der Obama-Administration.

Vor allem scheint die Ablehnung von Reisebeschränkungen unter Experten unumstritten. Sie gelten mit Blick auf die Kontrolle des Reiseverkehrs und der Hilfe vor Ort in den betroffenen Krisenregionen als kontraproduktiv. Entscheidend für die Einhegung der Pandemie sei vielmehr das verstärkte Engagement in Westafrika. Allerdings räumte das CDC auch Fehler ein und reagierte schnell mit einer Überarbeitung der relevanten Sicherheitsprotokolle.

Mit Blick auf das bisherige Ausbleiben neuer Ebola-Fälle hat die Ernennung von Klain zum Ebola-„Zar“ zu einer sichtlichen Beruhigung der Öffentlichkeit geführt. Aber die Mischung aus der möglichen Bedrohung der USA durch eine Pandemie und den laufenden Kongresswahlkämpfen sorgt für eine unverändert angespannte Situation.

5. Erneute kurzfristige Fortschreibung des Bundes-Fernstraßen-Gesetzes

Der Kongress hat im Juli 2014 erneut eine kurzfristige Fortschreibung zur Finanzierung des Bundes-Fernstraßen-Gesetzes beschlossen.

Ende Juli 2014 hat der Senat mit 81:13 Stimmen eine Vorlage des Repräsentantenhauses angenommen, welche die Finanzierung des Baus von Bundes-Fernstraßen für 10 Monate verlängert. Das Finanzvolumen der kurzfristigen Fortschreibung beläuft sich auf knapp 11 Milliarden USD.

Das Repräsentantenhaus hatte seine Version der *Highway Bill* Mitte Juli 2014 (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 4-7, S.17) angenommen und die Ausarbeitung eines

möglichen längerfristigen Kompromisses dem Senat überantwortet. Nach Schätzungen betrifft die Gesetzes-Novelle bis zu 700.000 Arbeitsplätze.

Der Senat unter Führung von *Majortiy Leader* Harry Reid (D-Nevada) hatte zuvor den Versuch unternommen, eine kurzfristige Verlängerung des Straßenbau-Gesetzes auszuarbeiten, die eine längerfristige Lösung der umstrittenen Finanzierungsplanung durch den Kongress nach den Wahlen am 4. November in der „Lame Duck Session“ erlauben sollte (siehe Punkt 9). Diese Strategie ist mit der Verabschiedung der 10-Monats Variante gescheitert.

Die zehnte kurzfristige Fortschreibung des Bundes-Fernstraßen-Gesetzes ist prototypisch für die Unfähigkeit des Kongresses, sich auf eine Novelle zu einigen, die eine nachhaltige Finanzierung der Infrastruktur-Ausgaben sichert.

Auch nach den Kongresswahlen 2014 bleibt es fraglich, ob sich Republikaner und Demokraten in naher Zukunft auf eine Lösung der seit mehreren Jahren überfälligen Novellierung des Infrastruktur-Gesetzes einigen können.

6. Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat rügt verfassungswidriges Verhalten der CIA

Die Vorsitzende des Senate Select Committee on Intelligence (SSCI), Dianne Feinstein (D-California), hat Ende Juli 2014 die Überwachung von Mitarbeitern des Geheimdienstausschusses durch die *Central Intelligence Agency* (CIA) im Rahmen einer Untersuchung des *Rendition, Detention und Interrogation* (RDI)-Programmes der CIA nach dem 11. September 2001 durch den Ausschuss als „Verletzung der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung“ gerügt (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 1-3, S. 11-14).

Wörtlich erklärte Feinstein:

– „I was briefed (...) by the CIA Inspector General (IG) David Buckley on the results of an IG investigation. The investigation confirmed what I said on the Senate floor in March --- *CIA personal inappropriately searched Senate Intelligence computers* in violation of an agreement we had reached, and I believe *in violation of the Constitutional separation of powers*“ (Hervorhebung durch die Reaktion).

Die CIA hatte ab 2002 in *Guantanamo Bay* und in geheimen Gefängnissen in Afghanistan, Litauen, Polen, Rumänien und Thailand im Rahmen der von Präsident George W. Bush propagierten Politik der „Preventive Detention“ Folterpraktiken gegen so genannte „Enemy Combatants“ angewendet, und der Geheimdienstausschuss des Senats hatte im März 2009 beschlossen, eine umfängliche Untersuchung dieser CIA-Aktivitäten während der Präsidentschaft George W. Bushs vorzunehmen.

Dazu sichtigten Mitarbeiter des SSCI Millionen von Aktenseiten der CIA zum RDI-Programm der CIA in einem besonders gesicherten Gebäudekomplex des Geheimdienstes in Virginia. Die CIA stellte dazu ein „stand-alone computer system“ (*RDINet*) zur Verfügung.

Im Jahr 2010 stellten die mit der Sichtung und Untersuchung beauftragten Stabsmitarbeiter des Geheimdienstausschusses des Senats fest, dass zunächst im Februar 870 und dann im Mai 50 Dokumente von der CIA ohne Genehmigung durch den Ausschuss vom *RDINet* entfernt worden waren. Die Ausschussvorsitzende warf der CIA in diesem Zusammenhang auch vor, die Arbeit von Stabsmitarbeitern behindert und den Ausschuss ausgespäht zu haben.

CIA-Direktor John Brennan konterte, dass sich Stabsmitarbeiter des SSCI illegal Zugang zu geheimen CIA-Computern verschafft hätten („may have improperly obtained and/or retained documents“), um an hoch sensible, nur für den internen Dienstgebrauch bestimmte Informationen zum RDI-Programm seiner Behörde zu gelangen. Außerdem erklärte er: „When the facts come out on this, I think a lot of people who are claiming that there has been this tremendous sort of spying and monitoring and hacking will be proved wrong.“

Alles das rief im März 2014 *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) auf den Plan, der eine Untersuchung verlangte. Das Schreiben Reids an CIA-Direktor Brennan kann unter der Internet-Adresse http://www.cbsnews.com/htdocs/pdf/Letter_Brennan_SAA_Investigation.pdf eingesehen werden.

Die Ausschussvorsitzende Feinstein sprach von einem „defining moment“ in der Geschichte des *Senate Select Committee on Intelligence*. Es werde sich nach der Untersuchung herausstellen, „whether the intelligence committee can be effective in monitoring and investigating our nation’s intelligence activities, or whether our work can be thwarted by those we oversee“.

Der mit der Untersuchung beauftragte CIA Inspector General (IG) David Buckley legte dem Geheimdienstausschuss des Senats seinen Bericht im Juli 2014 vor. Der IG kommt darin zu dem Schluss, dass

- fünf Mitarbeiter der CIA, zwei Juristen und drei IT-Spezialisten, gegen geltende Vorschriften („improperly“) auf das Computernetzwerk *RDINet* des Stabes des Geheimdienstausschusses des Senats zugegriffen haben;
- EMails von Stabsmitarbeitern des Geheimdienstausschusses im *RDINet* vom Office of Security der CIA gelesen und untersucht wurden, weil eine gegenteilige Direktive des Direktors des Geheimdienstes nicht bekannt war („unaware of the D/CIA’s direction“);

- die drei IT-Mitarbeiter der CIA während ihrer Befragung durch den *Inspector General* ein Fehlen von Aufrichtigkeit („lack of candor“) bezüglich ihrer Aktivitäten an den Tag legten;
- ein *Crimes Report* der CIA an das Justizministerium über einen nicht autorisierten Zugriff von Mitarbeitern des *Senate Select Committee on Intelligence* auf im *RDINet* hinterlegte Informationen der CIA vom *Department of Justice* nicht weiter verfolgt wurde.

CIA-Direktor Brennan hat sich zwischenzeitlich für das Fehlverhalten von Mitarbeitern seiner Behörde beim Geheimdienstausschuss entschuldigt und angekündigt, dass er den Ausschuss bei der Veröffentlichung von Teilen des 6000 Seiten umfassenden Untersuchungsberichts zu den Folterpraktiken der CIA unterstützen will.

Die Ausschussvorsitzende Dianne Feinstein (D-California) sprach im Zusammenhang mit dem Bericht von einem Dokument, dass „weit mehr systematische und weitreichendere“ Foltermethoden zu Tage gefördert habe, als man gemeinhin angenommen habe.

Präsident Obama sah sich offensichtlich auf Grund des Untersuchungsberichts des Geheimdienstausschusses des Senats am 1. August 2014 in einer Pressekonferenz im Weißen Haus dazu veranlasst Folgendes festzuhalten: „In the immediate aftermath of 9/11, we did some things that were wrong. We did a lot of things that were right, but we tortured some folks. We did things that were contrary to our values“.

Der Nachfolger von George W. Bush im Weißen Haus bemüht sich seit seiner Amtsübernahme im Januar 2009 um eine Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers in Guantanamo und hat jede Form der Folter von „Detainees“ seitdem ausdrücklich verboten. Um seine Politik zu unterstreichen, müsste er nun eigentlich den Direktor der CIA Brennan, aber auch dessen Vorgänger im Amt, politisch und juristisch zur Rechenschaft ziehen.

Das jedenfalls fordert Senator Mark Udall (D-Colorado), der nach einem nicht öffentlichen *Briefing* zu den Ergebnissen der Untersuchung durch den *Inspector General* der CIA den Rücktritt von Geheimdienstchef Brennan forderte.

„After being briefed on the CIA Inspector General report today“, so Udall am 31. Juli 2014, „I have no choice but to call for the resignation of CIA Director John Brennan. The CIA unconstitutionally spied on Congress by hacking into Senate Intelligence Committee computers“. Weiter führte der Senator Folgendes aus: „This grave misconduct not only is illegal, but it violates the U.S. Constitution’s requirement of separation of powers. These offenses, along with errors of judgment by some at the CIA demonstrate a tremendous failure of leadership, and there must be consequences.“

7. Tauziehen um Zukunft der Export-Import Bank hält an

Im Kongress setzt sich das Tauziehen um die Zukunft der Export-Import (Ex-Im) Bank fort, nachdem die „operating authority“ im Rahmen des Überbrückungshaushalts („Fiscal Year 2015 Continuing Resolution“, *Public Law 113-164*, siehe Punkt 1) vorübergehend bis zum 30. Juni 2014 fortgeschrieben wurde.

Die Ex-Im Bank der Vereinigten Staaten wurde 1934 eingerichtet, um den Export amerikanischer Produkte und Waren durch staatliche Kredite und Bürgschaften zu befördern. Im Jahr 2013 kamen die Transaktionen der Bank zu fast 90 Prozent kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute, nach Angaben der Ex-Im Bank insgesamt 3413 an der Zahl. Dadurch seien 205000 mit Exportgeschäften verbundene Arbeitsplätze in den USA unterstützt worden.

Die Ex-Im Bank, deren Tätigkeit in ihrer 80jährigen Geschichte 16 Mal vom Kongress reautorisiert wurde und deren Mandat zum 30. September 2014 ausgelaufen war, möchte eine fünfjährige Mandatsverlängerung für ihre Tätigkeit von der Legislative erhalten, was allerdings auf den erbitterten Widerstand von der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Republikanern im Repräsentantenhaus gestoßen ist.

So hat es sich Jeb Hensarling (R-Texas), der Vorsitzende des *Financial Services Committee* im Repräsentantenhaus, auf seine politischen Fahnen geschrieben, die Ex-Im Bank aufzulösen, weil er sie für ein Musterbeispiel für ineffiziente Regierungsaktivitäten hält. „There is probably no better poster child of the Washington insider economy and corporate welfare than the Export-Import Bank“, erklärte Hensarling in diesem Zusammenhang und führte weiter aus: „Its demise would clearly be one of the few achievable victories for the Main Street competitive economy left in this Congress; I believe it is a defining issue for our party and our movement“.

Hensarling scheint es dem Vernehmen nach gelungen zu sein den neuen *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy (R-California), von seiner Argumentation zu überzeugen.

Allerdings gibt es in der republikanischen Partei auch jene Stimmen, die sich dafür einsetzen, das Mandat der Ex-Im Bank fortzuschreiben. Sie haben die Unterstützung der *National Association of Manufacturers* und der U.S. Chamber of Commerce, die auf die besondere Bedeutung der Bank für die Exportfinanzierung hinweisen und eine breite Lobbying-Kampagne zugunsten der Ex-Im Bank gestartet haben.

Auch die Obama-Administration hat sich dafür ausgesprochen, das Mandat der Bank um fünf Jahre zu verlängern, eine Position, die auch von den meisten Demokraten in beiden Kammern des Kongress geteilt wird. Im Senat hat eine überparteiliche Gruppe um Joe Manchin (D-West-Virginia) und Mark S. Kirk (R-Illinois) eine Gesetzesinitia-

tive eingebracht, die darauf abzielt das verfügbare Kreditvolumen der Ex-Im Bank von derzeit 140 Mrd. auf 160 Mrd. USD zu erhöhen.

Die der *Tea Party*-Bewegung nahestehenden Republikaner hat das allerdings nicht davon abgehalten eine Begrenzung des Mandats der Ex-Im Bank im Rahmen des Überbrückungshaushalts zunächst bis zum 30. Juni 2015 durchzusetzen.

8. Justizminister Eric Holder kündigt Rücktritt an

Der US-Justizminister, *Attorney General* Eric Holder, hat Ende September 2014 seinen Rücktritt angekündigt und intensive Spekulationen über seine Nachfolge ausgelöst.

Eric Holder hat seit 2009 der Obama-Administration als Justizminister gedient. Holder, der bereits unter Präsident Bill Clinton (1993-2001) *Deputy Attorney General* (1997-2001) war, ist der erste schwarze Justizminister der USA.

Holder wurde 1988 von Präsident Ronald Reagan (1981-89) zum Richter am *Superior Court of the District of Columbia* ernannt und diente Präsident George W. Bush bis zur Ernennung von John Ashcroft zum Justizminister als *Acting Attorney General*.

Dennoch war Eric Holder von Anfang an für konservative Republikaner ein kontroverser Justizminister. Holder war unter Präsident Clinton an der umstrittenen Begnadigung des flüchtigen demokratischen Großspenders Marc Rich beteiligt. Vorgeblich hatte sich der israelische Premierminister Ehud Barak für Rich verwendet, so dass Sicherheitsinteressen die Begnadigung durch Präsident Clinton beeinflussten. Holder gestand eine Fehleinschätzung des Falls vor einem Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses ein.

Im Vordergrund der Arbeit Holders standen der Kampf gegen den Terrorismus („War on Terror“), die Verteidigung von Bürgerrechten insbesondere gegen die Einschränkungen des Wahlrechts durch die Einzelstaaten („Civil Rights“) und die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben in Fragen gleichgeschlechtlicher Eheschließungen („Same Sex Marriage“). Für die Opposition galt Holder dabei immer als parteipolitischer „Handlager“ des Präsidenten, nicht als „gewissenhafter“ Hüter des Rechts.

Ironischerweise konfrontierten die Republikaner im Kongress Holder vor allem mit einem Skandal („Fast and Furious“-Skandal), dessen Ausgangspunkt in den Amtsjahren von Präsident George W. Bush liegt. Ohne Wissen des Präsidenten und des Justizministers John Ashcroft hatte das *United States Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives* (ATF) versucht, über (vermeintlich) kontrollierten Waffenschmuggel nach Mexiko dortigen Drogen-Kartellen auf die Spur zu kommen.

Nachdem einzelne Waffen aus observierten Schmuggelaktivitäten in Todesfällen von mexikanischen wie US-amerikanischen Polizisten auftauchten, gerieten Holder und das Justizministerium als Aufsichtsbehörde des ATF in das Visier der Untersuchungen der Ausschüsse des Kongresses.

Holder bestritt jede Kenntnis des umstrittenen Programms und unterband die Operationen nach dem Bekanntwerden der zweifelhaften Versuche der Bekämpfung der Drogen-Kartelle. Dennoch sprach sich die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus auf Betreiben des *House Oversight Committee* unter Führung von Darell Issa (R-Ohio) dafür aus Justizminister Eric Holder wegen der Missachtung des Kongresses (*Contempt of Congress*) zu rügen.

Präsident Barack Obama hat Eric Holder, der seinen Abtritt 2014 schon länger in Aussicht gestellt hatte, ungeachtet aller Anfeindungen und Rücktrittsforderungen den Rücken gedeckt. Die Nachfolge Holders steht mit Blick auf eine mögliche Übernahme der Mehrheit im Senat in den Kongresswahlen durch die Republikaner unter schwierigen Vorzeichen (siehe Punkt 9).

Präsident Barack Obama hat bisher noch keinen offiziellen Nachfolge-Kandidaten designiert. Im Gespräch sind insbesondere die Rechtsberaterin des Präsidenten, *White House Counsel* Kathy Ruemmler, Arbeitsminister (*Secretary of Labor*) Tony Perez sowie der Bundesstaatsanwalt (*Solicitor General*) Donald Verrilli.

9. Kongresswahlen 2014: Hartes Ringen um Senatsmehrheit

Die Kongresswahlen am 4. November 2014 stehen unter den Vorzeichen deutlicher Zugewinne der Republikanischen Partei. Vor allem in den Senatswahlen rechnen sich die Republikaner gute Chancen aus, eine größere Anzahl von Sitzen hinzuzugewinnen und eine Mehrheit erringen zu können.

Sitzverteilung im 113. Kongress (2013-14) 2. Sitzungsperiode		
	Repräsentantenhaus	Senat
Republikaner	233	45
Demokraten	199	53
Parteilose*	0	2
Vakant	3	- -

* Die parteilosen Senatoren Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich der demokratischen Senatsfraktion angeschlossen.

Stand: 20.10.2014 (www.house.gov/www.senate.gov)

Die Wahlen in der Mitte einer Amtszeit eines Präsidenten (Midterm Elections) gelten generell als schwierig für dessen Partei. In der Regel verliert die „Regierungspartei“ zumal in den Wahlen zum Repräsentantenhaus deutlich an Sitzen. In den Senatswahlen, in denen jeweils nur ein Drittel der Sitze und bei Vakanzen ernannte Senatoren zur Wahl stehen, ist ein Muster weniger deutlich ausgeprägt.

Besonders hart trifft es die Partei des Präsidenten erfahrungsgemäß in der zweiten Amtszeit. Zugewinne der regierenden Partei sind äußerst selten, wie 1998 unter dem Eindruck des Amtsenthebungsverfahrens der republikanischen Kongress-Mehrheiten gegen Präsident Bill Clinton (1993-2001).

Die Gründe für die regelmäßigen Niederlagen der Partei des Präsidenten sind umstritten. Als zentraler Einflussfaktor gilt die Demobilisierung der Wählerkoalitionen der regierenden Partei und die Mobilisierung der Opposition. Enttäuschungen über politische Fehlschläge, Skandale oder nicht eingelöste Versprechen dämpfen in dieser Lesart die Bereitschaft der Anhängerschaft des Präsidenten zum erneuten Urnengang. Dagegen sind die Anhänger der oppositionellen Partei aufgrund der Durchsetzung von neuen Gesetzen und Programmen, die sie ablehnen, zumeist hoch motiviert.

Aktuell sind es vor allem die nur schleppende Erholung der Wirtschaft, die deutlich auf unter 50 Prozent gefallene Popularität von Präsident Obama sowie eine Serie von Pannen und Skandalen, die einen starken politischen Gegenwind für die Demokraten erzeugen. Erschwerend kommt für die Demokraten hinzu, dass die Wählerschaft in den *Midterm Elections* im Durchschnitt weißer, älter und wohlhabender ist, was in der Regel den Republikanern in die Hände spielt.

Für die Demokraten, die die Mehrheit im Senat stellen (siehe Tabelle auf S. 15), liegt die Herausforderung in den Novemberwahlen darüber hinaus auch darin, dass sie in einer großen Zahl von Staaten, die die Republikanische Partei begünstigen, Sitze verteidigen müssen. Dies sind meistens Staaten im Süden und im Westen (*Great Plains*) der USA.

Vor diesem Hintergrund hatten viele Beobachter auf einen erdrutschartigen Sieg der Republikaner in den Kongresswahlen spekuliert. Doch auch die Republikanische Partei kann nicht auf eine breite und ungeteilte Zustimmung der Wählerschaft setzen. Nach den politischen Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt im Oktober 2013 (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 10-12, S. 1) sind das Ansehen des Kongresses und der Parteien auf neue Tiefstände gesunken. Die Republikaner schneiden dabei noch schlechter ab als die Demokraten.

Ungeachtet der generellen Politikverdrossenheit ist auch die gelegentlich erwartete *Anti-Incumbent Wave* gegen Vertreter beider Parteien ausgeblieben. Stattdessen zeichnet sich am Vorabend der Wahlen ein zäher Grabenkrieg um die gehaltenen Positionen ab, in dem die Republikaner auf begrenzte Geländegewinne hoffen können.

In den Wahlen zum Repräsentantenhaus gehen die Beobachter aufgrund der verfügbaren Daten (Meinungsumfragen, Bevölkerungsprofil, zurückliegende Ergebnisse) davon aus, dass den Republikanern etwa 230 Sitze sicher sind, den Demokraten knapp 190. In weniger als 20 Distrikten gilt der Wahlausgang als offen („toss ups“). Eine Gefährdung der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus ist damit praktisch ausgeschlossen. Die Frage scheint nur, wie viele Sitze die Republikaner hinzu gewinnen können.

Ungleich spannender ist der Kampf um die Mehrheit im Senat. Am 4. November wird, einschließlich der Wahlen für Nachbesetzungen, über 36 Senatssitze entschieden. Nimmt man die Fälle aus, in denen eine der beiden Seiten klar in Führung liegt, verfügen Demokraten und Republikaner nach den Wahlen über jeweils ca. 45 Sitze.

Als offen gilt der Wahlausgang gegenwärtig in 10 Bundesstaaten: Alaska, Arkansas, Colorado, Georgia, Iowa, Kansas, Kentucky, Louisiana, New Hampshire und North Carolina. Die Demokraten müssen in diesen Staaten sieben Sitze verteidigen, die Republikaner drei. Die Republikaner benötigen sechs Siege für eine Mehrheit, den Demokraten genügen fünf, da bei einem Gleichstand Vizepräsident Joe Biden über die entscheidende Stimme verfügt.

Die republikanischen Kandidaten setzen vor allem darauf, ihre demokratischen Gegner direkt in Verbindung mit Präsident Barack Obama zu bringen. Eine Stimme für den republikanischen Kandidaten, so die Argumentation, ist eine Möglichkeit eine Korrektur der Politik Obamas zu bewirken. Auf ein eigenes nationales Programm oder auch nur eine Liste von gemeinsamen Forderungen, etwa die Aussetzung der Gesundheitsreform, haben die Republikaner verzichtet.

Die demokratischen Kandidaten, die sich zum Teil deutlich von Präsident Obama und seiner Politik abgesetzt haben, versuchen dagegen mit maßgeschneiderten Botschaften ihre Positionen zu verteidigen. Im Vordergrund stehen je nach Staat Themen wie die Anhebung des Mindestlohns („*Minimum Wage*“), die Rechte von Frauen (gleiche Entlohnung und Abtreibungsrecht) oder die Bildungspolitik. Diese werden häufig mit Kritik an der Gesundheits- und Energiepolitik der Obama-Administration kombiniert.

Ein Beispiel für den harten Stand der Demokraten im laufenden Wahlkampf bietet Iowa, eigentlich ein für sie günstiges Terrain. Die republikanische Kandidatin Joni Ernst, eine frühere Soldatin, Mutter und Farmerin, hat es mit einem pffrigen und Kontroversen vermeidenden Wahlkampf geschafft, sich einen knappen Vorsprung in den Meinungsumfragen zu erarbeiten. Ernst kommt es gelegen, dass ihr Gegenkandidat, der Abgeordnete Bruce Brailey, nicht als besonders professioneller Wahlkämpfer gilt.

Allerdings sehen sich auch die Republikaner in einigen Staaten mit überraschenden Herausforderungen konfrontiert. Dem republikanischen Senator Pat Roberts in Kansas war es im Vorwahlkampf gelungen, einen Kandidaten der *Tea Party*-Bewegung über-

zeugend zu schlagen. Nach dem Abtritt des schwachen demokratischen Kandidaten, Chad Taylor, hat nun jedoch der parteilose Greg Orman die Führung in Umfragen übernommen. Orman weigert sich bisher, eine klare Aussage zu treffen, welcher Fraktion er sich im Fall eines Sieges anschließen wird.

In Georgia, wie Kansas republikanisches Terrain, hat sich Mary Michelle Nunn, die Tochter des früheren Senators Sam Nunn und Leiterin eines Wohlfahrtsverbandes, als eine ernst zu nehmende Alternative zu dem republikanischen Kandidaten, David Perdue, etabliert. Perdue führt in Umfragen sehr knapp, aber Nunn hat sich mit ihrem auf die politische Mitte zielenden Profil eine echte Chance auf einen Außenseiter-Sieg erarbeitet.

Die Tea Party-Bewegung, die 2010 und 2012 den Republikanern in mehreren Staaten einen Strich durch die politische Rechnung gemacht hat, spielt im laufenden Senats-Wahlkampf keine große Rolle. In Arkansas hat der amtierende demokratische Senator Mark Pryor zunächst darauf gehofft seinen Gegenkandidaten, den Abgeordneten Tom Cotton, als *Tea Party*-Vertreter in die rechte Ecke drängen zu können. Doch Cotton, Ex-Soldat und *Harvard*-Absolvent, hat sich mit seinem disziplinierten Auftreten, dass die extremen Ausrutscher anderer *Tea Party*-Kandidaten vermieden hat, knapp in Führung vor Pryor gebracht.

Angesichts der vielen Unwägbarkeiten und nicht eindeutigen Datenlage halten sich viele Beobachter des Wahlgeschehens bedeckt. Das „Statistik-Wunderkind“ Nate Silver, früher bei der *New York Times* und jetzt selbständig (Fifethirtyeight.com), dessen Prognosen 2010 und 2012 sehr präzise waren, beziffert die Chance einer republikanischen Mehrheit im Senat auf ca. 62 Prozent (die Schätzung wird regelmäßig neu berechnet). Silver hat aber unterstrichen, dass das laufende Wahljahr für Prognosen äußerst ungünstig sei.

Angesichts des erwarteten knappen Ausgangs der Senatswahlen ist es möglich, dass die endgültige Entscheidung über die Mehrheit erst Anfang Dezember oder Anfang Januar 2015 fällt. In Louisiana und Georgia kommt es zu einem Stichentscheid, wenn keiner der Kandidaten eine einfache Mehrheit erhält.

Die Senatorin von Louisiana, Mary Landrieu (D), sieht sich in dem ungewöhnlichen Wahlverfahren des Staates mit zwei republikanischen und anderen Gegenkandidaten konfrontiert. Lousianas *Open Primary* (auch „Jungle Primary“ genannt) erlaubt die Vorwahlen und die Wahlen am selben Tag. Erhält keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit, wird am 6. Dezember zwischen den beiden führenden Kandidaten entschieden.

Das Wahlverfahren in Georgia trennt die Vorwahlen der Parteien von den Wahlen. Erhält keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit, kommt es am 6. Januar ebenfalls zu einem Stichentscheid. Die Kandidatin der *Libertarian Party*, Amanda Swafford,

könnte nach Umfragen verhindern, dass Perdue oder Nunn den erforderlichen Stimmenanteil erreichen.

Ungeachtet des Wahlausgangs und möglicher Hängepartien zeichnet sich schon jetzt ab, dass die wechselseitige Blockade in Washington auch nach den Wahlen Bestand haben wird, wenngleich mit einem stärker konservativen Akzent.

Gelingt es den Demokraten doch noch, die Mehrheit im Senat zu halten, wird die Fraktion aller Voraussicht nach deutlich geschwächt aus den Wahlen hervorgehen. Dies wird politische Entscheidungen selbst in den Fällen schwieriger machen, in denen nicht die Zustimmung des Repräsentantenhauses erforderlich ist, beispielsweise bei Ernennungen des Präsidenten. Unberührt hiervon bleibt das parteipolitische Patt zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senat.

Gelingt es den Republikanern eine Mehrheit im Senat zu gewinnen, wäre dies sicherlich nach zwei Niederlagen gegen Obama ein Sieg mit hohem Symbolwert. Mit der Kontrolle über beide Kammern könnte zudem die Aufsicht über die Administration durch Untersuchungsausschüsse verstärkt werden.

Die reguläre Gesetzgebung würde die Republikaner allerdings auf die Kooperation mit den Demokraten verweisen. Für die Beendigung eines *Filibuster* der Minderheit, dem Beharren auf unbegrenzter Fortsetzung der Debatte, sind 60 Stimmen erforderlich. Ein Veto des Präsidenten würde die Hürde auf 67 Stimmen erhöhen.

Dagegen dürfte eine republikanische Senatsmehrheit den Druck vom rechten Flügel der Partei, der die Konfrontation mit dem Präsidenten sucht, deutlich verstärken. Zugleich wären die Republikaner gegenüber der Öffentlichkeit dann aber in Fragen der Gesetzgebung die verantwortliche Partei. Der Fingerzeig auf die Demokraten oder Präsident Obama als Alleinschuldige für Probleme in Politik und Wirtschaft würde damit zunehmend weniger plausibel. Die republikanischen Fraktionen stünden stärker noch als bisher in der Pflicht, die Nation am Laufen zu halten.

Die Fortsetzung des politischen Grabenkriegs zwischen Demokraten und Republikanern ist mit großer Wahrscheinlichkeit die bestimmende Konsequenz der Kongresswahlen 2014. Die Entscheidung über einen grundlegenden Richtungswechsel der Politik dürfte damit bis auf das Präsidentschaftswahljahr 2016 verschoben werden.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>